

VORWÄRTS EXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

HARTE ARBEIT, DIE SICH LOHNT

Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,

im Zusammenhang mit den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg haben wir Dinge erleben müssen, die uns Angst machen. Aber auch Dinge, die Mut machen. Und es sind Dinge geschehen, die ich noch einmal hervorheben möchte.

Zunächst halte ich es für wenig hilfreich, wie in der Öffentlichkeit (und in den Medien) jede noch so regionale Wahl als Bundeskanzler-Voting interpretiert wird. In Thüringen, Sachsen und Brandenburg leben zusammen rund 8,7 Millionen Menschen, also deutlich weniger als allein in Baden-Württemberg. Zur Demokratie gehört, auch das nicht zu vergessen. Und das ständige Vermischen aller möglichen Themen kommt am Ende den Populist:innen zugute: Es sind AfD und BSW, die bei Kommunalwahlen den Euro plakatieren und bei Landtagswahlen den Krieg in der Ukraine oder die europäische Migrationspolitik.

Das ist falsch, das ist unpassend und das lenkt davon ab, dass

die Populist:innen für die Realpolitik vor Ort weder Verständnis noch Lösungen haben.

Was eine AfD als größte

Alle, die auf das Versprechen der allzu einfachen Lösungen hereinfließen, sind jetzt in einer Lage, die Lösungen fast unmöglich macht.

Und ja, die in der Bundesregierung vertretenen Parteien wurden abgestraft.

Freilich gilt das für die Juniorpartner der Ampel noch viel mehr: Die Grünen fliegen aus Regierungen und Landtagen, die FDP ist bisweilen nicht einmal mehr unter den „sonstigen Parteien“ gelistet. Bei den Grünen scheint ein Reformprozess anzulaufen. Bei der FDP nehme ich wahr, dass der Ton eher noch schriller wird.

Und die SPD?

Die tut tatsächlich gut, sich an Dietmar Woidke zu orientieren, dem in Brandenburg ein erstaunlicher Kontrapunkt zu den anderen beiden Wahlen gelungen ist. Ja, auch wegen Wechselwähler:innen, die die AfD und das BSW verhindern wollten. Aber eben ganz entscheidend durch eine klare Haltung: In Brandenburg hat die SPD klar gemacht, dass es um Brandenburg geht, um Dietmar Woidke als Ministerpräsidenten. Und Dietmar hat es geschafft, gehört zu werden – trotz des ungeheuren

ren Lärms rund um die Populist:innen.

Die SPD muss jetzt nicht mehr nach rechts blinken oder mehr nach links. Sie muss mehr SPD sein, mehr Sozialdemokratie wagen, so wie ich es schon in der vorigen Ausgabe geschrieben habe. Eine SPD, die sich für eine besonnene Sachpolitik ebenso wenig schämt wie für eine klare Ausrichtung an der arbeitenden Mitte unseres Landes. Wir gehen Kompromisse ein, um gut zu regieren – aber wir haben ein klares Profil und das geben wir auch nicht auf.

Die Wahlen in Thüringen und Sachsen zeigen uns, dass wir harte, sehr harte Arbeit vor uns haben, das gilt auch im Bund und das gilt auch hier bei uns in Baden-Württemberg. Aber die Wahl in Brandenburg zeigt uns auch, dass sich diese harte Arbeit lohnt. Auf geht's!

AUCH SO STÄRKT
IHR DIE DEMOKRATIE:

ARBEIT IN POLITISCHEN GREMIEN
FÜR EINE STARKE SPD!



Fraktion in einem Landtag anrichtet, haben wir in Thüringen schon erleben müssen: Chaos. Und chaotisch ist auch, welche politischen Landschaften die Wahlen gerade in Sachsen und Thüringen hinterlassen.



HIER AM BEISPIEL DER KREISVORSITZENDEN-KONFERENZ VOM SEPTEMBER '24

Euer

Andreas Stoch

VOR ORT IM GANZEN LAND – SASCHA BINDER AUF SOMMERTOUR

Hochwasser und Starkregenereignisse nehmen auch in Baden-Württemberg zu. Feuerwehr und Katastrophenschutz stehen auch darüber hinaus vor großen Herausforderungen.

Unser Generalsekretär Sascha Binder war vor Ort bei Feuerwehren und anderen Blaulichtorganisationen unterwegs, um nicht nur Danke zu sagen,

sondern auch, um Unterstützung zuzusagen. Gerade in den Kommunen wird Katastrophenschutz betrieben und werden Vorbereitungen für den Ernstfall getroffen. Das Zusammenspiel von Landespolizei und kommunalem Ordnungsdienst ist für die öffentliche Sicherheit und Ordnung wichtig.



Unterwegs in Aalen mit Oberbürgermeister Frederick Brütting und dem städtischen Ordnungsdienst.



Die Analytische Taskforce Mannheim ist eine Spezialeinheit zur Erkennung biologischer, chemischer und radiologischer Gefahren – die einzige in Baden-Württemberg.



Mit Oberbürgermeister Markus Herrera Torrez bei der Freiwilligen Feuerwehr in Wertheim.



Am Kriebendamm in Kernen im Remstal ging es mit SPD-Bürgermeister Benedikt Paulowitsch (links) um den örtlichen Hochwasserschutz.

BÜNDNIS FÜR DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE VOR ORT – BEISPIEL AUS KARLSRUHE

Die Mitgliedsorganisationen des Bündnis für Demokratie und Menschenrechte Baden-Württemberg kamen bei der „Langen Nacht der Demokratie“ am 2. Oktober landesweit in unterschiedlichsten Formaten mit Bürger:innen über unsere Demokratie ins Gespräch. Das Angebot reichte von Filmvorführungen und Ausstellungen bis hin zum Pubquiz oder einer Diskussion mit Pizza. Auch lokale Organisationen haben dabei Aktionen auf die Beine gestellt, wie beim Karlsruher Bündnis. Unser stellvertretender Landesvorsitzender Parsa Marvi hat das Bündnis in Karlsruhe im Frühjahr mitgegründet und uns von seinen Erfahrungen berichtet.

Parsa, was braucht es, um ein solches Bündnis für Demokratie und Menschenrechte auf lokaler Ebene auf die Beine zu stellen?

Die zentrale Frage ist: Welche Ziele verfolge ich mit dem Bündnis? Unser großes Ziel war es, alle demokratischen Organisationen im Kampf gegen Extremismus unter ein Dach zu bekommen. Dann: Welche Organisationen wollen wir wie ansprechen? Und zuletzt: Welche Ressourcen und

organisationsstarke Persönlichkeiten, die sie einbringen wollen, haben die Partner:innen?

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass es wichtig ist, viele Organisationen auch persönlich durch Kreisvorsitzende oder Abgeordnete und nicht nur schriftlich anzusprechen. Auch sollte man offen für Beratung sein – für Öffentlichkeitsarbeit und Marketing etwa haben wir uns professionelle Be-



ratung geholt. Und es hilft, einen großen Auftakt zu setzen. Bei uns war das das Jubiläum des Grundgesetzes im Mai, wo wir eine große Menschenkette um das Bundesverfassungsgericht mitorganisiert haben.

Sollten solche Bündnisse auch vor Ort geschmiedet werden?

Ja, absolut! Es bereitet Freude, man lernt viele Menschen kennen und die Organisationen wachsen zusammen. Ich finde es wichtig, nicht nur einma-



Parsa Marvi

lig ein Zeichen zu setzen. Es war sehr wichtig, dass im Januar Zehntausende Menschen gegen den Rechtsextremismus auf die Straße gegangen sind. Aber noch wichtiger ist es, nachhaltig zu arbeiten und mit den Partner:innen den Einsatz für Demokratie und Menschenrechte langfristig hochzuhalten in der Gesellschaft. Dafür lohnt es sich, vor Ort ein solches Bündnis zu gründen.

Hier könnt ihr das gesamte Interview mit Parsa auf YouTube anschauen.

WIR KÄMPFEN FÜR DIE NOTFALLPRAXEN IM LAND!

Die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW) plant, 17 Notfallpraxen im Land zu schließen. Das wäre ein Kahlschlag in der ambulanten Versorgung im Land. Damit hätte die KVBW innerhalb von 18 Monaten 30 Prozent aller allgemeinen Notfallpraxen geschlossen. Hier wird die Versorgung der Menschen aufgrund von monetären Interessen der Ärzteschaft zusammengestrichen!

Kassenärzte übernehmen mit ihrer Niederlassung einen Versorgungsauftrag, der für Notfälle auch außerhalb der Praxiszeiten gilt. Das bedeutet, dass Ärzte ihren Patienten eben auch nachts und am Wochenende zur Verfügung stehen müssen. Sozialminister Lucha muss sich dafür einsetzen, dass die KVBW auch zukünftig ihrer Verantwortung zur ärztlichen Notfallversorgung nachkommt.

Landesvorsitzender Andreas Stoch: „Die SPD ist aktiv, um die ambulante Notfallversorgung in Baden-Württemberg zu erhalten. Im ganzen Land sind unsere Bürgermeister, Abgeordneten und Ehrenamtlichen unterwegs und machen mit Unterschriftensammlungen oder Protestaktionen Druck auf Minister Lucha.“

HERZLICHE GLÜCKWÜNSCHE

IM OKTOBER zum 50. Parteijubiläum:

[Redacted text block for October 50th anniversary]

zum 60. Parteijubiläum:

[Redacted text block for October 60th anniversary]

zum 65. Parteijubiläum:

[Redacted text block for October 65th anniversary]

IM NOVEMBER zum 50. Parteijubiläum:

[Redacted text block for November 50th anniversary]

[Redacted text block for November 50th anniversary]

zum 60. Parteijubiläum:

[Redacted text block for November 60th anniversary]

zum 65. Parteijubiläum:

[Redacted text block for November 65th anniversary]

IM DEZEMBER zum 50. Parteijubiläum:

[Redacted text block for December 50th anniversary]

zum 60. Parteijubiläum:

[Redacted text block for December 60th anniversary]

zum 65. Parteijubiläum:

TERMINE

NOV '24:

MI 6. NOV · 10:30 > SPD 60plus Landesvorstand, Stuttgart

FR 8. NOV · 17:00 > ASG Landesvorstand, Stuttgart

MO 11. NOV · 18:30 > AfA Landesvorstand (digital)

FR 15. NOV > Gremien im Vorfeld des Landesparteitags, Offenburg Antragsschluss: 05.10.

SA 16. NOV > Landesparteitag, Offenburg

MI 27. NOV · 19:00 > ASJ Landesvorstand (digital)

FR 29. NOV > Treffen der Landesspitze, N.N.

SA 30. NOV > Konstituierende Sitzung Landesvorstand, Stuttgart

DEZ '24:

MO 9. DEZ · 18:30 > AfA Landesvorstand (digital)

DI 10. DEZ > 60plus Landesvorstand, N.N.

FR 13. DEZ · 15:30 > Präsidium (digital)

SA 14. DEZ · 9:30 > Landesvorstand (digital)

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD Landesverband Baden-Württemberg

Verantwortlich: Sophia Zimmermann

Redaktion: Stephan Wehner, Sophia Zimmermann

Kontakt: SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Wilhelmsplatz 10 · 70182 Stuttgart · on: 0711.61936-0

Mail: kommunikation-bw@spd.de · WWW.spd-bw.de

Was Baden-Württemberg zu einem der europäischen Spitzenstandorte für die Wirtschaft gemacht hat, ist vor allem eine starke Produktion, der wahrscheinlich weltbeste Mittelstand und die Automobilproduktion. Genau diese Sektoren sind bereits heute den größten Umwälzungen ausgesetzt. Klimaneutralität, Digitalisierung, Dekarbonisierung und die Wende zum Elektroantrieb treffen Baden-Württemberg mehr als jedes andere Bundesland. Als Exportmeister ist der Südwesten besonders von globalen Krisen betroffen. Wenn andere Länder den Import deutscher Luxusautos bremsen, trifft das uns härter als andere Bundesländer.

Baden-Württemberg hat viel zu tun – umso schlimmer ist es, dass die grün-schwarze Landesregierung eher weniger tut als anderswo. Selbst das Saarland hat ein eigenes Milliardenprogramm aufgelegt, um der Schwerindustrie durch die Transformation zu helfen. Die Regierung in Stuttgart steht bisher eher neben dem Geschehen und meint, mit albernen Werbekampagnen wie dem „Länd“ sei ihre Arbeit getan.

Die SPD-Landtagsfraktion hat auf ihrer Herbstklausur ein Programm auf den Weg gebracht, mit dem das Land seinen Aufgaben in der Transformation gerecht wird. Die SPD wird beantragen, im neuen Doppelhaushalt eine „Transformationsmilliarde“ vorzusehen. Zu was soll das Geld verwendet werden?

**Wasserstoff und Co.:
Zukunftsfähige Infrastruktur**

Baden-Württemberg muss rechtzeitig mit Leitungen für Wasserstoff versorgt werden. Dafür fordert die SPD rund 300 Millionen Euro für den Ausbau von Hochleistungsnetzen ohne „weiße Flecken“ im Land sowie Modellregionen, in denen man den Umbau von Industriegebieten ab sofort beginnen und ausprobieren kann.

**Innovation und
Investition stärken**

Selbst im Automotive-Bereich siedeln sich Investor:innen nicht mehr automatisch im Südwesten an. Deswegen muss das Land gezielt Innovationen und Investitionen in industriellen Bereichen fördern, die beim klimaneutralen Umbau der Wirtschaft besonders gefordert sind. Die SPD setzt sich dafür ein, das Landesprogramm InvestBW auszubauen und es dadurch Unternehmen finanziell zu ermöglichen, die Transformation zu meistern. Dafür beantragen wir 400 Millionen Euro.

**TRANSFORMATION
IM LAND: STEUERN
STATT STAUNEN**

**DER WANDEL IST RASANT UND UNUMKEHRBAR,
UND ER BIRGT CHANCEN WIE RISIKEN: DAMIT
BADEN-WÜRTTEMBERG AUCH IN ZUKUNFT EIN
TOP-INDUSTRIELAND IST, MÜSSEN ALLE ANPACKEN
– AUCH DAS LAND UND SEINE REGIERUNG. DIE SPD
FORDERT EIN ENDE DER BISHERIGEN UNTÄTIGKEIT DER
LANDESREGIERUNG UND BEANTRAGT IM NÄCHSTEN
HAUSHALT EINE TRANSFORMATIONSMILLIARDE FÜR
DIE WIRTSCHAFT IM LAND. FRAKTIONSCHIEF ANDREAS
STOCH ERKLÄRT DEN PLAN.**



Wie kann die Transformation der Industrie in Baden-Württemberg gelingen? Antworten hierauf liefern Andreas Stoch, hier im Stahlwerk in Kehl, und die Landtagsfraktion mit der Transformationsmilliarde.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg
Verantwortlich:
Roman Götzmann
Redaktion:
Hendrik Rupp
Anschrift:
SPD-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart
Telefon:
0711 2063-711/781
E-Mail: zentrale@
spd.landtag-bw.de
www.spd.landtag-bw.de
facebook.com/
spdlandtagbw
twitter.com/
spdlandtagbw
instagram.com/
spdlandtag_bw

**Macht mal vor:
Transformations-
Modellregionen**

Die vom Bund initiierten Transformationsregionen sind ein wichtiger Schritt, den wir weitergehen wollen. Baden-Württemberg soll Transformations-Modellregionen schaffen, in denen Bürokratieabbau und flexiblere Arbeitszeiten ausprobiert werden können. Dafür wollen wir 200 Millionen Euro einsetzen.

**Fachkräfte: Sichern,
qualifizieren, anwerben**

Gegen den Fachkräftemangel setzen wir auf einen Mix aus Qualifizierung von Beschäftigten, einer besseren Nutzung des Fachkräftepotenzials im Land sowie gezielterer Anwerbung von Fachkräften. Dafür wollen wir zusätzliche 60 Millionen Euro bereitstellen. In Baden-Württemberg

gibt es ein Fachkräftepotenzial von über 100.000 Vollzeitkräften allein durch Qualifizierung und Verringerung von Ausbildungs- und Studienabbrüchen.

**Schwerpunkt:
Industriearbeitsplätze sichern**

Wenn das Land im Umbau seiner Wirtschaft endlich entscheidend mit anpacken würde, hätte das einen mehrfachen Nutzen. Erstens würden dadurch gerade auch mittlere und kleine Unternehmen begleitet, die sich anders als Großkonzerne alleine schwertun. Und zweitens hätte die Allgemeinheit auch die Möglichkeit, die Transformation dahingehend zu unterstützen, dass der Erhalt von Arbeitsplätzen gerade auch in Produktion und Industrie wichtig ist und bleibt.

Und wer soll das bezahlen?

Eine Milliarde klingt beeindruckend, doch das Bruttoinlandsprodukt in Baden-Württemberg beträgt über 615 Milliarden Euro. Eine Transformationsmilliarde entspricht also einer Arbeitnehmerin, die bei 65.000 Euro Bruttogehalt im Jahr knapp über 100 Euro in eine berufliche Weiterbildung investiert. Machbar, oder? Eine Idee ist auch, dass das Land eine Zukunftsanleihe emittiert oder einen Staatsfonds einrichtet. Damit wären zeitlich befristete Beteiligungen an Unternehmen möglich, um sie in der Transformation begleiten und Arbeitsplätze im Land sichern zu können. Gewinne aus diesen Beteiligungen könnten weitere Investitionen des Landes ermöglichen. Die 100 Millionen Euro zum Start des Fonds wären eine Investition in die Zukunft, die sich auszahlen wird.



Am Rande ihrer Herbstklausur, die die Transformation in den Mittelpunkt stellte, besuchte die Fraktion das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt am Standort Lampoldshausen.

